



Gemeinsames Forderungspapier

Keine Förderung mit der Gießkanne:

Öffentlichen Nahverkehr und E-Mobilität effizient anreizen

Für die Zukunft der Automobilindustrie und der Beschäftigten ist der zügige Umstieg auf Elektromobilität entscheidend. Am wichtigsten ist jetzt ein eindeutiges Signal für den Umstieg auf Elektromobilität und das geplante Ende neuer Verbrenner-Pkw 2035. Wir begrüßen die Ankündigung der Bundesregierung zur stärkeren Förderung klimafreundlicher Mobilität. Die Mittel der Bundesregierung haben die Chance, den Kurs auf eine gerechte, klimafreundliche Mobilität und die Unterstützung der Wirtschaft zu setzen. Gleichzeitig fehlt ein starkes Signal zum überfälligen Ausbau von Bus und Bahn, die das Rückgrat von Wirtschaft, Klimaschutz, Teilhabe und Demokratie in Deutschland sind. Jetzt kommt es darauf an, die zusätzlichen Fördermittel effizient und sozial gerecht einzusetzen. Klimaschutz, soziale Teilhabe und wirtschaftliche Transformation gehören zusammen – und müssen gemeinsam gestaltet werden. Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor.

Fördermittel effektiv für untere Einkommen einsetzen

Die Bundesregierung muss aus dem Umweltbonus lernen, der vor allem Haushalten mit mittlerem und hohem Einkommen zugutekam. Die angekündigten Fördermittel für Kauf oder Leasing von E-Autos für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen von etwa 3 Mrd. Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) müssen diesmal gezielt dort ansetzen, wo sie die größte soziale und ökologische Wirkung haben und nicht zu einem Gießkannen-Instrument werden. Dafür braucht es klare Regeln und eine langfristige Gegenfinanzierung, etwa durch eine höhere Dienstwagenbesteuerung für Verbrenner-Pkw. Eine Kaufprämie sollte zielgenau sozial-gestaffelt jenen Menschen mit kleinen und mittleren Haushaltseinkommen zu Gute kommen und nur für einen Bruttolistenpreis von maximal 35.000 Euro gelten. Mitnahmeeffekte sollten durch eine Kopplung der Förderung an die Haushaltgröße verhindert werden. Für

Geringverdienende, die ein Auto für den Arbeitsweg benötigen, sollte zudem auch ein Social Leasing sowohl für Neu- als auch Gebrauchtwagen geschaffen werden. Eine unbürokratische Neuauflage der Förderung "sozial&mobil" zur Elektrifizierung von Flotten sozialer Dienste ist einzuführen und der Kauf von E-Bikes für Geringverdiener zu bezuschussen.

Investitionsoffensive ÖPNV statt Finanzierung neuer Autobahnen

Die geplanten zusätzlichen Mittel von 3 Mrd. Euro für den Fernstraßenneu- und -ausbau und eine mögliche Mittelverschiebung von der Sanierung stehen im Widerspruch zu den Klimazielen, dem Koalitionsvertrag und zur dringend notwendigen Verkehrswende. Es braucht eine konsequente Investitionsoffensive für den öffentlichen Verkehr und eine Konzentration auf den Erhalt und die Sanierungen in der bestehenden Verkehrsinfrastruktur. Schon heute werden Bus- und Bahnverbindungen aufgrund von kommunaler Finanznöte und zu wenig Geldern für Regionalverkehr gestrichen. Der Koalitionsvertrag gibt vor, einen Modernisierungspakt umzusetzen und die Finanzierung des ÖPNV planungssicher und langfristig zu gestalten. Das Ausbleiben von Finanzmitteln für Personal und Betrieb erschwert das tägliche Leben von Beschäftigten, Menschen mit Behinderung, älteren Menschen und Familien mit geringen Einkommen in der Stadt und auf dem Land. Die Verkehrsinvestitionen müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen in ganz Deutschland orientieren und das sind pünktliche, bessere und barrierefreie Bus- und Bahnangebote jetzt, statt unnötiger Autobahnprojekte in 20 Jahren. Deshalb müssen die zusätzlichen 3 Mrd. Euro statt für zusätzliche Autobahnen konsequent für neue ÖV-Angebote auf dem Land und in der Stadt eingesetzt werden.

Klimafreundliche Mobilität gestalten – Sozialticket im Klimasozialfonds

In Deutschland gibt es mehr als acht Millionen in Armut lebende Menschen. Über die Hälfte einkommensschwacher Haushalte besitzt kein Auto. Für sie sind daher ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr und bezahlbare Ticketpreise das Rückgrat im Alltag. Deshalb braucht es auch zusätzliche Unterstützung für ein dauerhaft finanziertes bundesweites Sozialticket, das aus dem Klimasozialfonds für etwa 375 Millionen Euro jährlich bezahlt wird. Mit einem Sozialticket können dafür jährlich bis zu einer Million Menschen zusätzlich kostengünstig klimafreundliche Mobilität nutzen. Das schafft auch soziale Akzeptanz für die Verkehrswende und Politik. Die europäischen Mittel von etwa 1. Mrd. Euro pro Jahr bieten die Chance, Menschen mit geringem Einkommen direkt zu unterstützen und sie bis 2032 von steigenden Kosten zu entlasten.

Kontakt

Jonas Becker / Referent Mobilität
jonas.becker@klima-allianz.de